

Aus dem Landesverband: Arbeitsgespräch beim BKL des Landes Sachsen-Anhalt.

Zu Beginn des Treffens sprach der Leiter der Geschäftsstelle Magdeburg, Kollege Jürgen Geidies, aktuelle Themen des EVG Landesverbandes, wie zum Beispiel die besorgniserregende Auftragslage für das Werk Dessau, mit den daraus resultierenden personelle Konsequenzen, an. Ein Grund dafür ist, dass nicht nur im Land Sachsen-Anhalt in den SPNV Ausschreibungen von den Bestellern anstelle der bisher lokbespannten Züge Triebwagen gefordert werden. Wenn dann noch, wie vor Kurzem in unserem Land, andere Bewerber als die DB Regio den Zuschlag erhalten, hat das natürlich fatale Konsequenzen für Deutschlands größte E-Lok Werkstatt. Der ausufernde SPNV Wettbewerb mit Forderungen zum Einsatz von Triebwagen, mit denen eigentlich kaum ein Kunde zufrieden ist, ist die Ursache Nummer 1, dass das Werk Dessau jetzt Probleme hat.

Wir forderten Herrn Kaczmarek auf, sich dringend für diesen wichtigen Bahnstandort im Land einzusetzen. Der BKL sagte zu, die Landespolitik und den Bahnvorstand intensiv auf die Problematik aufmerksam zu machen.

Als weitere Themen wurden im Laufe des Gespräches die Revision der Regionalisierungsmittel, das 4. europäische Eisenbahnpaket, die Vergabepolitik von SPNV-Leistungen im Land und der aktuelle Stand unseres verkehrspolitischen Konzeptes diskutiert.



Jürgen Geidies und Dietmar Demke, im Gespräch mit dem BKL Herr Kaczmarek.

Konsens gab es zwischen den EVG Landesvertretern und dem Konzernbeauftragten zur Forderung, die Regionalisierungsmittel für den SPNV im Land zu verstetigen und eine Trennung von Netz und Betrieb bei der DBAG zu verhindern.

Zu der Entscheidung, die Direktverbindung von Halle nach Hannover ab Fahrplanwechsel Dezember 2013 zu streichen:

Der EVG Landesverband Sachsen-Anhalt bat den BKL, die Forderungen und Standpunkte der EVG im Interesse der Bevölkerung des Landes gegenüber den Bestellern

des SPNV, der Landesregierung Sachsen-Anhalt und den angrenzenden Landesregierungen, zu unterstützen. Der niedersächsische Teil der bestehenden Direktverbindung Halle-Hannover wurde vom Land Niedersachsen zur Neuvergabe ausgeschrieben. Die bisher durchgehende Verbindung wird ab Fahrplanwechsel 2013/2014 nicht mehr angeboten. Die Kappung der durchgehenden Verbindung ist für die Reisenden auf dieser Strecke ein „Schlag ins Gesicht“!

Im Landesentwicklungsplan, als auch im ÖPNV Plan des Landes Sachsen-Anhalt, sind nachzulesen, dass es unter anderem ein Ziel sei, die Oberzentren immer gut vertaktet miteinander zu verbinden, um so auch die Fernverkehre problemlos erreichen zu können. Namhafte Verkehrsexperten fordern dieses ebenfalls. Dabei haben sie nicht nur die Reisenden und Pendler im Sinn – es geht letztendlich auch um wirtschaftliche Interessen! Und für den Harz ist der Tourismus dabei als erstes zu nennen.

Im verkehrspolitischen Konzept der EVG Sachsen-Anhalt fordern wir unter anderem eine Abstimmung der angrenzenden Bundesländer im SPNV. Die beginnende „Klein-staaterei“ im SPNV muss verhindert werden!

Eine mögliche Inbetriebnahme eines IRE bzw. den Weiterbetrieb des RE von Halle nach Hannover auf Finanzierungsgrundlage von Regionalisierungsmitteln, alternativ nur mit Landesmitteln, darf nicht an einer niedersächsischen Nichtbeteiligung scheitern. So könnte diese Verbindung in einem Takt Hannover, Hildesheim, Goslar, Bad Harzburg, Wernigerode, Halberstadt, Aschersleben und Halle verbinden. In Halle könnten dann die Anschlüsse nach Berlin, Frankfurt und Leipzig/Dresden gewährleistet werden.

Da die vorhandenen Regionalisierungsmittel ausschließlich für den SPNV verwendet werden sollten, dürfte die Bestellung, auch nach der Neuvergabe des Teilstückes Halle-Goslar ab 2015, kein unlösbares finanziellen Problem darstellen. Was mit dem IRE - Kaiser Otto Express möglich war (und auch wieder sein sollte), sollte auf der Verbindung Halle-Hannover ebenfalls zu schaffen sein.

Deshalb wird die EVG die Landesregierung auffordern, zum Wohle der Bevölkerung, der Pendler und der Tourismusbranche in unserem Land tätig zu werden, um ein attraktives Angebot der bestehenden Verbindungen zu gewährleisten und eine bessere Anbindung der Oberzentren sicher zu stellen.

Das Arbeitsgespräch war dank der fachlich fundierten Atmosphäre sehr konstruktiv.

Die EVG wird sich auch weiterhin in die Verkehrspolitik der Länder und der DB AG einbringen und bei den anstehenden Themen „Druck“ machen. Nur so werden wir bei der Sicherung unserer Arbeitsplätze für alle Bahner und Dienstleister im Land Erfolg haben.